

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
 die Expedition, Gohe Str. 4.
 A. Weber, Petersstr. 18.
 F. Thiele, Grillenstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
 für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Mgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Mgr. per Quartal per Monat 4 1/2 Mgr. für Leipzig und Umgegend per Quartal 13 Mgr.
 Filialerpedition für die Vereinigten Staaten:
 F. A. Sorge, Box 101
 Hoboken N.J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

An die Parteigenossen.

Mit dem 1. Juni beginnt ein neues Monatsabonnement. Wir ersuchen die Parteigenossen, diese erleichterte Gelegenheit, das Parteiorgan mehr und mehr zu verbreiten, energisch wahrzunehmen und für Beschaffung neuer Abonnenten zu wirken. Steigt das Abonnement des Blattes auch täglich, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß an sehr vielen, namentlich größeren Orten die Parteigenossen weit mehr für das Blatt thun könnten, als wirklich geschieht. Keine Sitzung, keine Versammlung darf vorübergehen, ohne daß zur Propaganda für das Blatt aufgefordert werden wäre. Gegen Ende Juni wird die Abonnentenliste veröffentlicht, da werden wir sehen, wer seine Schuldigkeit gethan, wer nicht.
 Die Filialen nehmen Monatsabonnements gleichfalls an.

An die Parteigenossen.

Um einerseits die Kontrolle zu erleichtern, andererseits unnütze Schreibereien zu ersparen, ist die Expedition angewiesen, alle Einnahmen für Schriften, Photographien, Annoncen, „Volksstaat“-Gelder der Filialen, Unterstützungen für den „Volksstaat“, politisch Gemahregelte u. s. w. regelmäßig im Parteiorgan zu veröffentlichen.
 Beschwerden über unregelmäßige oder verzögerte Expedition sind an Hrn. Hablich, Ritterstraße 43, 2 Tr. zu richten.
 Die Verwaltungskommission.
 Leipzig, den 21. Mai 1872.

Ein Opfer der Nationalwuth deutscher Gelehrter.

(Aus der „Demokratischen Zeitung“.)

„Er ward geboren, lebte, nahm ein Weib, verheiratete sich zweimal mit derselben Frau und erzeugte mit ihr Kinder in der ersten und zweiten Ehe, gründete sodann das germanische Museum, und starb.“ — So ungefähr würde die Biographie des Gründers des germanischen Museums, Freiherrn Hans von Aufseß, lauten, wenn er eines natürlichen Todes gestorben wäre, und etliche Wochen nach seinem Hinscheiden würde wahrscheinlich kein Hohn mehr nach ihm geträht haben. Nun aber ist Aufseß in Folge der Mißhandlungen gestorben, welche ihm durch zwei deutsche Professoren der neu-kaiserlich-deutschen Universität Straßburg beim Gründungsfeste, zu dem er offiziell eingeladen war, zu Theil geworden sind. Der Gründer des germanischen Museums von zwei deutschen Professoren erschlagen! Alles schon dagewesen, sagt Ven Afrika — aber das ist neu! Neu ist zwar das Massakiren nicht; bei uns versteht man das Handwerk; aber nagelneu ist, daß deutsche Professoren aus Helden des Maults solche Helden der That wurden! Höchst interessant! Nicht genug: interessant — romantisch ist's zu nennen, daß der Reichsfreiherr von Aufseß, der Deutscheste der Deutschen, der Gründer eines deutschen Museums, von deutschen Professoren in dem „ferndeutschen“ Straßburg bei der Gründung einer deutschen Hochschule zu Tode geprügelt wurde!

Der nationalliberale „Frankische Kurier“ bringt diese „authentische“ Mittheilung mit einer furchtbaren Philippika gegen die „Nationalwuth“, deren Opfer Aufseß geworden. Wie heißt — „Nationalwuth“? Wer hat denn diese großgezogen? Gerade die nationalliberale Presse mit ihrer obligaten Franzosenfresserei, ihrem Bonapartismus, ihrem Chauvinismus, ihrem Racen- und Nationalitätenhaß! Hierbei steht der „Frankische Kurier“ mit obenan. Also ist auch er sammt den übrigen Reichsweblern intellektueller Mitschuldiger an der Ermordung des Freiherrn von Aufseß. Das geschieht der „Kurier“ allerdings nicht zu, allein man kann aus seinen Worten schließen, daß er kein absonderlich verdorrtener Sünder ist und die ganze Schwere der Verantwortung der Uebelthat fähig. Die deutsche Nation schändlich blamirt! — Das ist der kurze Sinn seiner langen Rede. Mit dem „Marshiren an der Spitze der Zivilisation“ ist's vorbei, schon nach so winzig kurzer Zeit! Zuerst die Vettelbriefe in den Tuilerien, und jetzt diese Heldenthat deutscher Professoren! Da mag ein nationalliberales Herz wirklich brechen! Welche Freude die Franzosen haben werden? Diese furchtbare Rache für sie — es ist zum Wahnsinnig werden! Doch möge der „Kurier“ selbst sprechen:

„Ueber den so unsäglich peinlichen Vorfall, der in mittelbarer Weise den plötzlichen Tod des Gründers unseres germanischen Museums, des greisen Hrn. Hans v. Aufseß, herbeigeführt hat, erhalten wir von berufener Seite Mittheilungen, die aus den Tagebuch-Aufzeichnungen des Verbliebenen selbst geschöpft sind. Wir theilen dieselben in ihrer ganzen, wir möchten fast sagen märchenhaften Entschiedenheit mit. — Hr. Hans v. Aufseß war in offizieller Weise zu den Straßburger Festlichkeiten eingeladen und in Folge dessen auch bei dem Universitätsbibliothekar Dr. Barak einquartiert worden. Am 1. Mai war Herr v. Aufseß den ganzen Tag unwohl und hatte deshalb seine Wohnung nicht verlassen. Abends entließ er die Diener und bemerkte erst in vorgerückter Stunde, daß er ohne Trinkwasser sei, ein Mangel, dem bei dem Charakter seines Leidens entschieden abgeholfen werden mußte. Er begab sich deshalb, da sein Zimmer ohne Glockenzug war, mit einem Lichte auf den Vorplatz und suchte, mit dem Innern des Hauses unbekannt, durch Ausrufmerksamkeit zu erregen, was ihm jedoch nicht gelang, da seine Stimme in Folge seines Leidens zu sehr geschwächt war. Plötzlich fiel ihm (wir folgen genau den Aufzeichnungen des Verbliebenen) sein Hundspfeifen ein, das er

als Hundliebhaber beständig bei sich trug, und bediente sich desselben. Der schrille Ton der Pfeife muß unglücklicherweise bis auf die Straße gedungen sein, denn plötzlich zeigten sich zwei „Herren“ in Frack und Cylinder, welche ihn kurz fragten, ob er es sei, der gepfeifen habe. Hr. v. Aufseß hatte hierauf kaum Zeit, mit heiserer, aus kranker Brust kommender Stimme zu antworten: „Freilich“, als einer der beiden Helden, jede weitere Erörterung abschneidend, den 72jährigen, gebrechlichen Mann von hinten packte und ihn zu Boden warf, während der andere mit beiden Fäusten ihn auf den Kopf schlug, so daß, wie er in seinem Tagebuch schreibt, „ich glaubte, er wolle mich ganz todt schlagen“. — Auf den Lärm erschien die Portiersfrau, die, nach ihrer Anrede zu schließen, die beiden Herren kennen mußte, welche sich dann aus dem Staube machten. Hr. v. Aufseß wurde bewußtlos und blutend in sein Zimmer getragen. Die ganze Nacht wurden Ueberschläge gemacht, und gegen Morgen ein Arzt gerufen, der zwar keine gefährliche Verletzung der Hirnschale entdeckte, aber doch konstatiren mußte, daß in Folge der ungeheuren Aufregung der Zustand von Brust und Lunge sich wesentlich verschlimmert hatte. Dessenungeachtet verließ Herr v. Aufseß des anderen Tages Straßburg, nachdem ihm noch Herr Dr. Barak vollständige Genugthuung zugesichert hatte, welche jedoch dem verdienten Manne nicht mehr werden sollte. Er begab sich nach Münsterlingen bei Konstanz zu einem ihm seit lange befreundeten Arzte, wo er leider bald nach seiner Ankunft verschied. Die Section ergab, daß die gewaltige Aufregung den Tod des greisen Gelehrten, wenn nicht verursacht, so doch beschleunigt hatte.

— Und nun die Thäter! Man höre und staune! Nicht etwa Studenten waren es, die sich in totem, jugendlichem Uebermuth, in angetrunkenem Zustande zu der verhängnißvollen That hinreißen ließen; — nein — Lehrer der deutschen Jugend, wohlbestallte Professoren der kaiserlich-deutschen Universität zu Straßburg waren es, die in ihrer blinden Nationalwuth einen verdienten deutschen Mann um den Rest seines Lebens betrogen haben. Einer derselben hat sich freilich bereit, einen Entschuldigungsbrief zu schreiben, allein zu spät! Als der Brief eintraf, hatte Hans von Aufseß, fern von seiner Familie, den Stachel einer unverdienten, schweren Kränkung im Herzen, die Augen für immer geschlossen. — Es fehlt uns in der That an Worten, um unserer Entrüstung über dies unerhörte Ereigniß Ausdruck zu verleihen. Was sollen wir nun antworten, wenn die ganze Meute der reichsfeindlichen deutschen, der standhalungrigen französischen Presse über die unumstößliche Thatsache herfällt, vor ganz Europa mit Zingern auf uns weist und sagt: Seht, das ist die gepriesene deutsche Nation, das sind die berufenen Vertreter der Zivilisation, die bei einem solchen Anlasse über wechelse Greife herfallen und sie blutig schlagen! Sollen wir sagen, die Mißhandlung habe einem eine deutsche Demonstration auspeisenden Franzosen gegolten? Nimmermehr! Ob Deutscher, ob Franzose; die Schläge fielen auf ein weißes Haupt, auf ein Greisenhaupt, das unter halbwegs anständigen Leuten hätte respektirt werden müssen. Die eigene Kränkung vergebend und nur der Schmach gedenkend, die durch die Unthat dem deutschen Namen zugefügt wurde, schrieb der edle Verbliebene am Schluß seiner Erzählung in sein Tagebuch: „Es ist dies ein schlimmes Omen für die neue deutsche Universität, für die ich so sehr geschwärmt habe.“ Wie recht hatte er! Hans von Aufseß, der deutsche Mann, dem das Vaterland sein herrliches „Germanisches Museum“ verdankt, stirbt als Opfer der Nationalwuth deutscher Gelehrter: einen teilsüßeren Gedanken hätte die giftige Phantasie des Revanchebedürftigsten Franzosen nicht ausbrüten können. — Die Familie des Verstorbenen wünscht vorerst die Namen der Uebelthäter zu verschweigen und wir haben diesen Wunsch zu ehren. Wir glauben jedoch nicht, daß es hierbei sein Bewenden haben kann; der Vorfall muß an geeigneter Stelle zur Erörterung gelangen. Für rohe Burche, selbst wenn sie Professoren sind, ist auf deutschen Lehrstühlen kein Raum!“

(Die Namen der zwei Mordpatrioten werden noch immer verschwiegen. Es ist eine Ehrensache für die unabhängige Deutsche Presse, die beiden Verbrecher an die Oeffentlichkeit und vor das Tribunal zu schleifen, damit ihnen die verdiente Strafe zu Theil und ihrer Stirne das Brandmal der Schande aufgedrückt werde.)

Gegenüber dem ebenso frechen wie plumpen Bemühen, das häßliche Attentat als ein ganz harmloses Mißverständnis hinzustellen (ein Prekursor hat die Frechheit, zu behaupten, Herr von Aufseß habe sich unmittelbar nach dem „unglücklichen Vorgange“ ungewöhnlich wohl befunden — also statt einer nachtheiligen, eher eine vortheilhafte Wirkung davon verspürt!) schreibt ein Sohn des Ermordeten:

„Ich will nur noch erwähnen, daß mein Vater wahrscheinlich in Folge der durch diese Schandthat herbeigeführten Aufregung am Herzschlage fünf Tage darauf starb, ehe er seine Heimath erreichen konnte. Es betrauern ihn eine Wittve mit neun Kindern, von denen er hoch verehrt wurde. Ich habe meinen Vater mit den schwarzen, von Schlägen herrührenden Flecken im Gesichte im Sarge liegen sehen.“

An die Berliner „Germania“ richtete Derselbe, Hr. Hermann

*) Wie mitgetheilt wird, sollen die Herren dem „Staate der Intelligenz“ angehören!

v. Aufseß, ein Telegramm folgenden Inhalts: „Von den beiden Straßburger Herren war einer Professor der andere Reichsbeamter. Das Attentat erfolgte am 1. Mai, der Tod am 6. Mai. Der Vater starb, wie der Todenschein besagt, an Herzschlag, welcher, ärztlicher Meinung nach, durch Gewaltthat herbeigeführt wurde.“

Urtheile der Presse über den Leipziger Hochverrathsprozess.

(Fortsetzung.)

Die nationalliberale und manchesterliche — also politisch wie sozial uns feindliche Zeitschrift „Die Gegenwart“, redigirt von Paul Lindau, hat in ihrer vorletzten Nummer die Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln begonnen über „die Stellung des Präsidenten beim Schwurgerichtshofe, unter Bezugnahme auf den Bebel-Riechnecht'schen Hochverrathsprozess. Von einem sächsischen Juristen.“ Der erste Artikel schließt mit folgendem, namentlich für den Ritter von Mücke wahrhaft vernichtendem Urtheil:

„Wir wollen zuvörderst nochmals betonen, daß der Leipziger Prozeß ein politischer war, daß dessen Beurtheilung vielfach von Fragen abhing, welche in das rein juristische Gebiet einschlugen, und daß eben deshalb der Präsident, wie wir oben gezeigt, um so mehr sich hüten mußte, auf das Urtheil der Geschworenen zu influiren. — Ja, nach unserer Auffassung mußte auch ein Blick auf die Reihe der Geschworenen, welche bei der durch die sächsischen Gesetze vorgeschriebenen Zusammensetzung der Geschworenenbank sämtlich Gegner der politischen Richtung der Angeklagten sein mußten, bei dem Präsidenten — bei einer vollendeten Auffassung über die wahre Gerechtigkeit und die Stellung des Leiters der Verhandlungen — das Gefühl hervorrufen, seiner Pflicht der strengen Unparteilichkeit doppelt eingedenk zu sein, und von Anfang an in seiner Person den Geschworenen das Beispiel zu geben, daß die Gerechtigkeit keine Parteistellung, keine Voreingenommenheit kennt, daß sie mit verbundenem Auge richtet den Gegner sowohl wie den Freund.“

„Der Präsident von Mücke bewahrte diese Objectivität nicht; derselbe war in der Behandlung des Anschuldigungs- und Vertheidigungsmaterials nicht unparteilich; er ließ sich in Disputationen ein mit den Angeklagten, wenn deren Antworten mit seinen Ansichten nicht übereinstimmten, er verrieth hierbei oft eine Art Aengstlichkeit, wenn einzelne Theile der Beweisaufnahme sich nicht so zuspielen, wie es sein Wunsch sein mochte; er konnte sich nicht enthalten, über jedes Schriftstück seine eigene, den Angeklagten ungünstige Kritik auszusprechen — kurz seine Voreingenommenheit gegen die Angeklagten blickte jede Minute durch, und Jedermann, welcher der Verhandlung mit einigem Verständniß auch nur kurze Zeit beiwohnte, war sich darüber klar, daß der Vorsitzende, hätte dieser das Urtheil zu sprechen, die Schuldfrage ohne Bedenken bejahen würde, ja daß derselbe die Beurtheilung der Angeklagten für eine Art von Nothwendigkeit erachtete. — Nicht zu verwundern deshalb, daß von einem Besucher der Verhandlung schon am zweiten Tage der Ausspruch fiel: „diese Verhandlung hat zwei Staatsanwälte, aber keinen Präsidenten!“ (Fortsetzung folgt.)

Berlin. Der Ausschluß der Maurer und Zimmerer ist zu Ende; die Arbeitgeber haben in allen wesentlichen Punkten nachgegeben, und es würde die Arbeiterpartei einen Sieg zu verzeichnen haben, wenn thörichte Rathschläge nicht den Sieg in eine Niederlage der sozial-demokratischen Arbeiter und Zimmerer verwandelt hätten.

Berlin. Der Webertag, besucht von 81 Delegirten mit 96 Mandaten, hat einen Allgemeinen Deutschen Weber- und Manufakturarbeiterbund gegründet und Glauchau als Vorort gewählt. Näherer Bericht folgt.

Ja, Bauer, das ist ganz was Andres. Wenn ein französischer Arbeitgeber in stupidem Nationalhaß sich weigert, deutsche Arbeiter zu beschäftigen, welches Betergeschrei in unserer patriotischen Presse über die „verkommenen Franzosen“! Dieselbe patriotische Presse druckt ohne ein Wort des Tadel's folgende halbamtliche Notiz ab:

„Nach einer in Mey eingetroffenen höheren Verfügung ist den Bauunternehmern der verschiedenen zu erweiternden oder sonst auszubauenden Forts vor Mey aufgegeben worden, keine Arbeiter französischer Nationalität mehr anzunehmen und die gegenwärtig verwendeten französischen und überhaupt fremdländischen Arbeiter zu entlassen.“

Also die preussische Regierung der nämlichen Handlungsweise schuldig, welche man an einigen halbverrückten französischen Privatleuten unverzeihlich fand. Was am französischen Privatmann ein Zeichen der „Entsittlichung“, ist an der preussischen Regierung wohl ein Beweis „deutscher Manneskraft und Tugend“?

In einigen Blättern wird Genf als Ort des nächsten Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation bezeichnet. Dies ist irrig. Der Ort ist noch nicht festgesetzt.

Ein Lied vom Hochverratsprozeß.

(Gesungen von den Richtern beim Stiftungsfest des Arbeitervereins von Mülten St. Nicola, am 12. Mai 1872.)

Die Hochverratsprozeße zeigen
Sich jetzt in allen Weltenteilen
Sie machen fast die Hände
Im ganzen Staatenbunde.
Es ist für uns nur Bitterkeit;
Fest steht der Bund zu jeder Stunde
Für gleiches Recht und gleiche Pflicht;
Er steht fest und wanket nicht. (bis)

Und ob die Mägen uns umschwirren,
Wir lassen uns doch nicht beirren;
Wir kämpfen immer weiter
Als furchtlos freche Streiter,
Gestützt auf unser gutes Recht.
Es geht die Kunde von Mund zu Mund:
Sie stehen fest und wanken nicht
Für gleiches Recht und gleiche Pflicht. (bis)

Drum fordern wir von unsern Klassen,
Die Fahne niemals zu verlassen;
Und schwören heut aufs Neue
Der Fahne ewige Treue,
Die endlich führt zu Sieg und Ehr!
Ein braver Mann so viel er kann —
Thut mit Bewußtsein seine Pflicht
Es schreckt ihn nicht das Schwurgericht. (bis)

Die Republik und die Gegenrevolution.

Von Emile Acollas.

(Schluß.)

Welches ist nun die Funktion des allgemeinen Stimmrechts? Ist es allmächtig? Hat es das Recht, alle Fragen nach seinem Gutdünken zu entscheiden?

Ich wiederhole zunächst, daß ich mich ganz und gar von der Ausdrucksweise aller politischen Schriftsteller fern halte, vor allem der Jean Jacques Rousseau's, welcher erklärt, die „Souveränität“ liege in der Nation. Ich erkenne keinen andern Souverän über mir an als mich selber; oder, um gemäßiger, korrekter zu reden, ich erkenne kein anderes Recht über mich an als das, welches ich selber habe; ich bin eine freie Thätigkeit mit derselben Berechtigung, wie die andern Menschen, meine Brüder; ich erkläre mich für autonom gegenüber den andern autonomen Menschen.

Die Souveränität besitzt Keiner von uns, und nicht deshalb, weil wir uns zu 20 oder 40 Millionen vereinigen, taucht diese Souveränität, welche in keinem Einzelnen von uns eingeschlossen ist, plötzlich aus der Gesamtheit hervor.

Die Wahrheit ist, daß dies Wort „Souveränität“ uns verwirrt!

Nicht wir sind souverän, sondern die Ordnung der Dinge, von der wir alle, Atome wie wir sind, abhängen; was souverän ist, das sind die notwendigen Beziehungen der Dinge unter einander — mit einem Wort, das Gesetz.

Ueberlassen wir also, wenn wir von uns selber sprechen, den „Souverän“ den alten Büchern, und bedienen wir uns nur der Sprach der Vernunft.

Im Ideal würde das Gebiet des allgemeinen Stimmrechts der mathematische Punkt sein, und ebenso wie nach dem tiefen Ausdruck De Witt's de Tracy „die Regierungen Geschwüre sind, welche man so viel wie möglich einschränken muß“, ebenso ist das allgemeine Stimmrecht ein Uebel, von dem der republikanische Staat ohne Zweifel nie genesen wird, aber dessen Herrschaft man ebenfalls so viel wie möglich zu beschränken suchen muß.

Zunächst mangelt dem allgemeinen Stimmrecht jede Kompetenz, sogenannte prinzipielle Fragen zu entscheiden, und die einzige Ursache, weshalb man dies nicht sieht, ist die, daß die politische Wissenschaft noch nicht begründet, daß die Politik bis jetzt überhaupt noch gar keine Wissenschaft ist. Was würde ein Astronom sagen, wenn man ihm vorschläge, über die Frage der Bewegung der Erde um die Sonne oder der täglichen Bewegung der Erde um sich selbst abstimmen zu lassen? Die Astronomie würde antworten, nicht die Zahl der Stimmen entscheide über eine wissenschaftliche Wahrheit; und wenn es Kopernikus oder Galiläi wäre, könnte man ihn als Keper mit Ketten belassen, er würde doch nicht widerrufen!

Aber derart ist das Dunkel, welches die Staatswissenschaft noch umhüllt, daß der große Haufe (hier die ungeheure Masse) es ganz natürlich findet, durch das allgemeine Stimmrecht über Fragen zu entscheiden, welche für den wahren Politiker von derselben Wichtigkeit sind, wie die vorhin genannten.

Hat nun das allgemeine Stimmrecht das Recht, zu entscheiden, ob die Regierung, statt republikanisch monarchisch sein, ob an der Spitze des Staates ein unabsehbarer, unverantwortlicher, seine Herrschaft beständig auf seine Nachkommen übertragender Herrscher steht, ob der Diener zum Herrn, das Angericht zum Gerechten werden, und ob ein Einziger Recht über alle haben soll?

Nein, tausendmal nein!
Und seht die Verblendung! Nehme man statt der Wahl zwischen Monarchie und Republik eine andere Frage: die, ob das allgemeine Stimmrecht das Recht hat, nicht nur die Monarchie im Prinzip zu erklären, sondern sogar eine Regierung, unter welcher Freiheit und Leben der Bürger von der Gnade eines Einzigen abhängen, eine Türkische, Russische oder Bonaparte'sche Despotie — welcher Mensch, der das geringste Selbstgefühl besitzt, würde dies Recht dem allgemeinen Stimmrecht nicht verweigern?

Doch dies Beispiel genügt mir nicht, und ich will ein zweites — welches erst recht unheimlich wirkt — hinzufügen.

Mich zu den Reichen, zu allen Besitzenden überhaupt wendend, sage ich: Erkennt ihr dem allgemeinen Stimmrecht das Recht zu, jenen Zustand zu beschließen, der euch erleiden macht, den schrecklichen Kommunismus? Ja oder nein! Ich, der ich dem Staat jedes Eigentum streitig mache, bin Gegner des Kommunismus, ich bin Gegner der Strafverordnungs-gewalt in den Händen des Staates, denn ich habe sicherlich keinen Ge-

schmack an dem Mönchthum unter irgend einer Form, und da der Kommunismus, die ökonomische Mönchsherrschaft, die Autonomie der menschlichen Person verlegt, so befreite ich dem allgemeinen Stimmrecht ganz entschieden das Recht, den Kommunismus einzuführen. — Wie viel Beifall werde ich erndten, indem ich dies ausspreche, und zwar von einer Seite, von der man ihn niemals gependet hat!

Aber mögen sich diese Räuden in Acht nehmen und über diesen Punkt nachdenken: wenn es eine einzige Frage giebt, welche das allgemeine Stimmrecht nach seinem Belieben zu entscheiden nicht berechtigt ist, vor welcher es anhalten muß, wenn man dies zugiebt, giebt man eben dadurch zu, daß das allgemeine Stimmrecht kein absolutes ist, daß es Grenzen hat; und nunmehr handelt es sich nur darum, diese Grenzen festzustellen.

Diese Arbeit ist nicht leicht — wenngleich nicht so schwer, als sie es scheint — und wenn wir uns Alle frisch daran machen, wird sie sich schrittweise vollbringen lassen.

Zunächst würden wir zwei Feldlager bilden: auf der Linken alle Kämpfer der Autonomie der menschlichen Person, alle Republikaner; auf der Rechten alle Männer der Abhängigkeit und Knechtschaft, alle Monarchisten.

Die beiden Heerlager sind formirt, der Kampf beginnt, natürlich der Kampf mit logalen, ehrlichen Waffen.

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Partei der Autonomie keiner langen Zeit bedürfen würde, um die andere vollständig in die Flucht zu schlagen. Großer, entscheidender Sieg! Wir besitzen ein Prinzip, wir haben etwas, womit wir die Welt erneuern können.

Die menschliche Person ist autonom! Ja, der bewunderungswürdige Jean Jacques hat es wohl geahnt, er, der es so klar gesehen, daß die Völker sich selbst angehören, aber da er, der arme große Mann, nicht wußte, wie er die Wirkungen mit dem Prinzip verschmelzen sollte, hat er legeres darum in die Wüste verbannt.

Die menschliche Person gehört sich selber an! Wir sehen endlich klar, was unsere Voreltern im 18. Jahrhundert nur dunkel geahnt haben: wir haben unsere eigene, unsere erste, unsere Grundidee; wir haben den Schlüssel zum Gewölbe.

Aber da wir den Schlüssel haben, müssen wir augenscheinlich das Gewölbe ganz vollenden, d. h. da wir das Prinzip haben, müssen wir auf diesem Prinzip die Wissenschaft aufbauen.

Aber wenn die Staatswissenschaft konstruirt werden kann, kann die Funktion des allgemeinen Stimmrechts bestimmt, sein Gebiet begrenzt werden?

In der That, jede erwiesene, jede erworbene Wahrheit steht notwendigerweise über der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts, und in jedem Fall muß das allgemeine Stimmrecht sie am Ende respektiren.

Denn wenn es den Irrthum begeht, sie anzugreifen, wird kein Mensch bei den Hauptfragen es verhindern können, daß das verlegte Recht sich empört, daß es sich bewaffnet, sich bewaffnet im Namen der notwendigen gegen die willkürliche, der Wahrheit gegen die falsche Ordnung.

Aber wir wollen sehen; wir wollen eine verständlichere Sprache reden, wir wollen die Veröhnung unter einer andern Form suchen. Was wollen wir Alle? Nicht von den Anderen unterdrückt sein, uns Alle frei entwickeln, und, wenn es möglich wäre, ja! wenn das möglich wäre, würden wir unser Glück darin finden, das Schrofne der sozialen Beziehungen zu mildern durch gegenseitiges Wohlwollen, durch Mitgefühl — ich wage das große Wort — durch Brüderlichkeit. Doch welches wäre die beste Art, diese Herrschaft einzulösen? Wenn wir aufhört, uns so oft wie möglich in Majorität und Minorität zu theilen, wenn wir so oft wie möglich darauf verzichteten, daß die Majorität der Minorität ihren Willen aufzwingt.

Ich weiß wohl, daß ich so auf meinen Grundgedanken, die Autonomie der menschlichen Person zurückkomme, aber dieser Gedanke ist eine so tiefe Wahrheit, daß jeder Weg, den man einschlägt, zu ihm hinführen muß.

Nein, nein! Das ist keine Einbildung meines Geistes; der Mensch hat die Bestimmung, sich mehr und mehr selbst anzugehören; er hat die Bestimmung, mehr und mehr zum vollständigen Besitze seiner eignen Person zu gelangen! Leide man aus der Geschichte ein anderes Gesetz ab, wenn man kann! Sonst sage man mir, für welchen Zweck die Menschheit gelebt, für welchen sie gelitten hat, und für welchen, seit sie besteht, sie ihr edelstes Blut vergossen hat! Sage man mir, für welche andere Idee unser Frankreich im letzten Jahrhundert sein ganzes Herz und seine herrliche Kraft gegeben!

Ja, was auch mit diesem großen Frankreich noch werden mag — wir, seine Söhne, können auf jeden Fall den Kopf hoch tragen, denn Frankreich hat die Autonomie der menschlichen Person, Frankreich hat das Menschenrecht proklamirt.

Schluß.

Soll ich schliefen? Und ist mein Schluß nicht schon fertig?

Ich habe gesagt, was uns zu Grunde richtet, ich habe gesagt, was uns retten würde; was uns zu Grunde richtet, das ist der blutige Kampf gegen die neue Idee, gegen das neue Recht, gegen das Recht, welches die französische Revolution ausgesprochen hat: was uns retten kann, ist das Ende dieses Kampfes. Wohl, ihr Gegenrevolutionäre, sagt einen Entschluß: Frankreich hat seine alten Götzenbilder umgestürzt, es hat ihnen die Köpfe zerbrochen und es hat gesehen, was aus ihnen hervorging, es wird sie nicht wiederherstellen; Frankreich hat die Idee des Rechts für Alle erkannt: Frankreich wird dieser Idee zusteuern, oder es wird aufhören, zu leben.

Bern, den 21. April 1871.

*) Wir brauchen kaum zu bemerken, daß wir mit dieser Auffassung des Kommunismus nicht übereinstimmen. Der Kommunismus, gegen den Acollas sich hier verwahrt, war nur ein wüster Traum, an den kein vernünftiger Arbeiter mehr glaubt. Der echte, auf wissenschaftlich-ökonomischer Grundlage beruhende Kommunismus bezweckt nicht die Zerstörung, sondern die Rettung des Individuums, das in der heutigen Gesellschaft erdrückt, verkrüppelt oder zum mindesten einseitig entwickelt wird. R. d. W.

Dr. Alfred Dove.

Abermals ein Bindmacher oder Balgtreter beim Orgelspiel der Bourgeois. Als Organ dient die Hochenschrift „Im neuen Reich“. Der Mann bläst die Reaktionsflöte von hinten, während er vorn Gesichter schneidet, um die Zuhörer glauben zu machen, er bläse den Fortschritt. Dabei leidet er an der deutschen Professorenkrankheit, an germanischem Reichs-Delirium. Während er zum Gründungsfest der Straßburger Universität eingeladen worden, und hätte dort das Meisterstück des Seruolismus, den Toast gegeben, mit dem Barthold Auerbach „Heer und Wissenschaft“ gefeiert hat, so würde er sicher vor Reiz gelächelt geworden sein. Dem großen Hause Germania hätte dabei ein Commis voyageur verloren gehen können, der in Deutschthümern, Heßbergereien, Bismardereien und andern höherem Thierkultus Erklärliches zu machen weiß.

Glücklicherweise sitzt Dr. Alfred Dove noch bei der Feder. Er giebt uns im 1. Hefte 1872 Gelegenheit, den germanischen Bläser über „die Kirche des Sozialismus“ zu hören. „Nuch für uns in Deutschland ist es hoch an der Zeit, uns mit den (sozialen) Forderungen, ob nun erfüllend oder abschlagend, zu befassen. ... Man sucht die Genossenschaften der Erpressung, (Internationale) durch ihr eigenes Prinzip, durch Genossenschaften redlicher Erpressung (Schulze, Hirsch u.) zu bekämpfen. Das wichtigere dünkt uns jedoch die moralische Abhilfe, und diese kann nur auf dem umgekehrten Wege vorschreiten, durch die Hebung des Individuums in der Menge und aus der Menge heraus. Die Arbeit ist wieder aufzufassen als eine sittliche Lebensäußerung des besondern Einzelnen, insofern er selbst, nicht insofern er ein bloßes Noletül der produzierenden Kraft ist; und wie die Arbeit zu betrachten ist, so ist sie auch zu belohnen. Was wir verlangen ist Schaffung eines verschiedenen Stellenwertes in dem zahllosen Haufen dieser bisher unterschiedslos je E. s. bedeutenden Ziffern. Wecht das edle Selbstgefühl wieder in der gequälten Brust des Einzelnen, dadurch daß ihr seine Einzelleistung als solche prüft, ehrt und bezahlt; nehmt den Sozialismus streng bei seinem schönen Worte: „Jedem nach seinem Werke“, indem ihr es für Menschen gelten laßt und nicht für Menschenklassen! Individualisirt die Massen, diese moderne Rückbildung in's Unorganische, oder sie werden euch durch ihre elementare Wucht zermalmen!“

„Was wir im Auge haben — und diese Blätter werden es von nun an im Auge behalten — die Wiederentdeckung des Arbeiters hinter seiner Arbeit, das kann freilich auch nur durch den einzelnen Arbeitsherrn geschehen. Insofern beklagen wir tief die Wandlung der letzten Zeiten; die juristische Personifizierung des Kapitals an sich ist zwar wirtschaftlich ein gewaltiger Fortschritt, aber sittlich kann sie nicht heißen. Das Prinzip des gesellschaftlichen Betriebs auf Aktien zum allgemeinen Lebensprinzip erhoben bedeutet — ganz abgesehen von seinem ruhmlosen Mißbrauch durch einzelne diebische Spekulanten — das Aufgeben handelnder Individualität auch in den oberen Schichten der Gesellschaft; kaum daß diesen Herren, die man kurzweg auf irgend eine Nummer ihrer Aktien statt auf einen Einzelnamen taufen könnte, noch die Individualität der Weise des Genusses — der Ausleerung ihres Geldbeutels und ihrer Seele — und allenfalls die der Todesart verbleibt. Die letzten Bande, die wohlthätig Person an Person, den Geber an den Nehmer der Arbeit knüpfen, werden sorglos zerrissen, Masse rückt auf gegen Masse, wohlan: so kann die Massenschlacht beginnen! Oder wie: wird sie nicht wenigstens in wirtschaftlicher Form längst alle Tage geliefert, denn wie anders wollte man die Strikes bezeichnen? Auch von ihnen wird nur dieselbe Maßregel uns befreien: Auflösung jener stehenden Heere der Unzufriedenheit durch sittliche Individualisirung.“

Die germanische Rathlosigkeit weiß nicht, ob sie zu den sozialen Forderungen „sich erfüllend oder abschlagend“ verhalten soll. Nicht ja, nicht nein, nicht kalt, nicht warm, aber etelhaft. Dann wird die Arbeit, die bisher eine selbige Naturnothwendigkeit war, „sittliche Lebensäußerung“ genannt. Ob der Germaniker wohl weiß, was bei „sittlicher Lebensäußerung“ zu denken ist? Es sei unbestritten, nebenbeigefügt, daß dabei sich etwas denken läßt, es sei nur bezweifelt, daß gedacht würde. Dieser Zweifel findet seine vollkommene Berechtigung an der nachfolgenden Phrasendrescherei, wo Individuen und Massen einander gegenüber gestellt werden.

Der Kulturweck treibt die Menschen, sich enger und enger aneinander zu schließen. Wie der nationale, so schwindet auch der soziale Partikularismus. Die Welt wird uniformer. Unser literarisch-germanischer Held begreift das, soweit von der deutschen Reichs-Kasernen-Einheit die Rede ist. Zur Uebrigen betrauert er den Verfall der feudalen mittelalterlichen Mannichfaltigkeit. Die Gliederung der Stände, Fürsten, Grafen, Ritter, Adle, Mönche, Bürger, Gesellen, Lehrlinge u. s. w. nennt er „germanische Individualität.“ Er stößt sich nicht an die Klassen und Klassen der Menschen, sondern daran, daß diese mannichfachen Klassen sich auflösen und davon nur zwei, die Proletariat und die Kapitalisten übrig bleiben. Es thut ihm so leid um den Untergang der Individualität, wiew er merkt und ahnt, daß auch die eigene Spezialität, die romantisch-germanischen Schulmeistergeister, in die Kumpfkammer der Geschichte speidirt werden.

Erst die totale Auflösung aller Klassenwirtschaft, erst der soziale oder kommunistische Betrieb der Produktion wird der Individualität ihr Recht verschaffen. Man wird ihr allerdings keine Sklaven, keine Leibeigenen und auch keine Lohnarbeiter zur Verfügung stellen. Dagegen mittelst Expropriation des Grund und Bodens und der Maschinenrie wird der Staat, das ist die soziale Gemeinschaft der Individuen, Jedem, gegen leichte Dienstleistung von wenigen Stunden* täglich, das unbedingte

*) In England (S. verschiedene Briefe im „Boehire“) wird schon der zweitägige Normalarbeitstag für die Zukunft befürwortet. Der Normalarbeitstag, das heißt die zur Vollbringung der notwendigen Gesellschaftsarbeit notwendige Arbeitszeit des Individuums, muß mit der steigenden Produktivität der Arbeit (durch verbesserte Maschinen, wissenschaftlicheren Betrieb, größere Konzentration der Produktion u. s. w.) beständig abnehmen. Schon 1827 recharte Robert Owen aus, daß 6 Millionen Englische Arbeiter mit Hälfte der Maschinen die Arbeit von 400 Millionen Handarbeitern verrichteten, daß also durch die Maschinen die Produktivität der Arbeit um das Achnigfache gesteigert worden! Die heutige Gesellschaft läßt dem Arbeiter die Vorteile der erhöhten Produktivität der Arbeit nicht zu Gute kommen. In einer geordneten, auf Gerechtigkeit gegründeten

Notwendige, Wohnung, Nahrung und Kleidung liefern können. Er wird dann Werkstätten und Werkzeuge zur Verfügung stellen, wo in der übrigen Zeit die individuellen Kräfte und Talente mit individueller, persönlicher Freiheit und im Privatinteresse nach Hergensluft verwendet werden dürfen. Dann erst, wenn Jeder für sich und nicht für Andere schafft, kann „Selbstgefühl in der gequälten Brust des Einzelnen erweckt“ sein. Die Arbeit wird dann nicht nur „ein bloßes Mittel der produzierenden Kraft“ sondern auch „sittliche Lebensäußerung“ sein können.

Nun möchte ich zum Schluß den gelehrten Doctor Alfred Dove gefragt haben, was er eigentlich denkt, wenn er „einzelne Arbeitsherrn“ belehrt, sie sollen einzelnen Arbeitsherrn einen verschiedenen Stellenwerth im zahllosen Haufen schaffen? „Sie sollen das Selbstgefühl wecken in der gequälten Brust des Einzelnen“: ich möchte fragen, wie die vorgeschlagenen Bande zu weben sind, welche den Geber an den Nehmer der Arbeit persönlich knüpfen. Was denkt man sich unter „sittlicher Individualisirung“?

Doch das Denken, beim allgemeinen Wort an eine konkrete Sache denken, daß ist nicht die Spezialität unserer phrasenhaften Klassengelehrsamkeit. J. Diehgen.

Prozess Blanqui.

Der Präsident des 4. Kriegsgerichts hielt es für geeignet, auch die Vorfälle vom 14. August und 22. Januar — obgleich die Anklage mit keinem Wort derselben gedenkt — in den Bereich seiner Inquisition zu ziehen; er fragte den Angeklagten: Was beabsichtigten Sie, als Sie am 14. August durch Eudes die Pompiers-Kaserne angreifen ließen? Blanqui: Ich wollte am 14. August thun, was am 4. September gemacht worden ist: die Regierung stürzen, welche die Landesvertheidigung zu organisiren nicht verstand. Präsident: Aber Sie hatten keinen Verurs, kein Recht dazu. Blanqui: Gut — aber der 4. September? Präsident: An jenem Tage handelten die Vertreter der Nation kraft ihres Mandats; aber Sie hatten keins. Blanqui: Du lieber Gott! Der 14. August ist ein mißglückter 4. September und der 4. September ist ein geglückter 14. August. Präsident: Ich werde Sie über diese Episode nicht länger befragen. (Das glauben wir gern. N. d. B.) Gehen wir zur Affaire vom 31. October über.

Blanqui (erklärt außer dem bereits Bekannten Folgendes): Wenn die Anklage sagt, ich wäre absichtlich erst nach dem Gelingen des Handstreichs auf dem Stadthaus erschienen, und mir damit zumutet, Furcht und Besorgniß um meine Sicherheit allein hätten mich bis dahin zurückgehalten, so ist sie im Irrthum. Ich war an jenem Tage zu Hause, wie alle Leute, deren Beschäftigung sie an die Stube bindet. Ich wäre ohne das dringende Verlangen meiner Freunde, in die neue constituirte Regierung einzutreten, gar nicht hingegangen, und hätte vor dieser Aufforderung von Allem, was dort vorging, nichts gewußt. Ich will hierdurch begreiflich machen, daß ich mich an der Straßenbewegung nicht betheilig habe; am 8. October ist eine ähnliche Bewegung angebahnt worden und ich habe mich gänzlich davon zurückgehalten.

Als ich ins Stadthaus kam, hatte der Tumult seine Höhe erreicht. Ich that mein Möglichstes, um ein wenig Ordnung in die Menge zu bringen, die mich mit Beifall empfing. Ich unterredete mich mit Rancour, Florens und den Andern. Die Befehle, welche unterzeichnet wurden, hatten keinen andern Zweck, als die Bewegung zu ordnen, Verwirrung und Tumult zu vermeiden. Ich fand mich angeführt einer Volkshebung, welche der Schmerz über den Wiederverlust von Le Bourget und die Einnahme von Reuilly erzeugt hatte. Die Majorität der Patrier Bevölkerung war mit uns. Als ich in den rothen Saal kam, fand ich mich mit Enthusiasmus aufgenommen. Von keiner Seite sah ich auch nur die geringste Animosität gegen die Bürger, weder in den Reihen, noch in der Haltung, und ich fühlte wohl, daß Alle einem Zusammenstoß widerstehen. Man dachte nur an Eins: an die Unfähigkeit der mit der Vertheidigung betrauten Leute und an die Ersetzung durch Andern. — Die Verweisung der gefangenen Regierungsmitglieder geschah nur dadurch, weil die Injurienten-Gesetz gern darin einwilligte. Aber unter welchen Bedingungen? Das ist das Wichtigste. Wir brauchten eine Garantie gegen die Repressalien, deren Anwendung gegen uns am folgenden Tage wir mit Recht vermutheten. Wir erklärten uns in dieser Beziehung. Darauf haben uns die Regierungsmitglieder nicht ein- sondern zehnmal ihr Ehrenwort gegeben, daß wir nie für das soeben Vollbrachte belästigt werden sollten. Ich persönlich ging mit dem General Famille hinaus. Wir trennten uns als Freunde, mit dem gegenseitigen Versprechen der Amnestie. Und ich war sehr überrascht, als man mich nach dieser freundschaftlichen Trennung in Untersuchung zog. — Präsident: Wie verhält es sich mit Ihrer Theilnahme an den Ereignissen des 22. Januar?

Blanqui (verwahrt sich feierlich gegen die ihm insinuirte Theilnahme): Mir unterstellen, daß ich die Hand im 22. Januar gehabt habe, das heißt: mir frivol ein Blödsinnigkeits-Zeugniß ausstellen. — Der 31. October hatte seine Berechtigung: Paris hatte Waffen, Munition, Lebensmittel, um lange Widerstand zu leisten. Am 22. Januar aber war schon die Kapitulation nahebar, unterzeichnet zu werden. Die Regierung, welche sich an Stelle der Nationalvertheidigungsregierung gesetzt hätte, würde als erste Aufgabe die Auslieferung von Paris an den Feind gehabt haben. Wenn ein Mensch nicht vollständig als Vbiot gilt, wie kann man ihm da die Absicht beimeissen, sich in eine Regierung zu drängen, die von Anfang an zu dieser Erniedrigung bestimmt war? Präsident: Aber Sie waren im Café Gaz, in der Rivolistraße. Blanqui: Zufällig. Präsident: Ihre Freunde umgaben Sie, und Sie schienen bereit, ihnen zu folgen. Blanqui: Meine Freunde? Welche? Niemand hat deren weniger als ich. Meine Beziehungen beschränken sich auf 5 oder 6 Personen. Präsident: Gleichwohl waren, als man im Stadthaus eine Liste von 153 Mitgliedern circuliren ließ, welche für die Municipalwahlen vorgeschlagen waren, Ihnen diese 153 doch nicht unbekannt? Blanqui: Ich kenne nur dem Namen nach den größten Theil derselben. (Blanqui läßt sich die Liste geben und benennt Einige, die er persönlich oder dem Namen nach kennt).

Staatsanwalt Bourdoulon: Ich behalte mir vor, wie Blanqui, die Einzelheiten nach Maßgabe der Zeugenaussagen zu prüfen. Blanqui: Die „Einzelheiten“? Ja bezweifle, daß man diese vollständig zu einem Ganzen aufbauen kann. Dieser 31. October war ein wahres *pièce à tiroir* (sein Theaterstück, dessen einzelne Scenen, in einander eingeschachtelt, keinen Zusammenhang haben). (Gelächter).

Gesellschaft wird die notwendige Gesellschaftsarbeit und deren Ertrag gleichmäßig vertheilt sein, und wird der Normalarbeitsstag sein: die der Zeit nach abgemessene notwendige Gesellschaftsarbeit, dividirt durch die Zahl der Arbeitsfähigen. Ist das Ergebnis 12 Stunden täglich, so sind 12 Stunden der Normalarbeitsstag, ist es 8 Stunden, so haben wir den achtstündigen, und ist es 2 Stunden, so haben wir den zwölfstündigen Normalarbeitsstag. Man sieht hieraus, daß von einem absoluten Normalarbeitsstag nicht die Rede sein kann. Da aber der achte menschliche „Fortschritt“ darin besteht, die Natur mehr und mehr dem Menschen dienlich zu machen, oder, was dasselbe ist, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen, so muß mit der voranschreitenden menschlichen Entwicklung der Normalarbeitsstag immer kürzer werden. Schon jetzt läßt sich die Kultur eines Volks nach der herrschenden Durchschnittsarbeitszeit berechnen. Je länger sie ist, desto niedriger die Bildungsstufe, je kürzer desto höher.

N. d. B.

Bedenken Sie: ich selbst bin, als ich zufällig auf dem Corridor war, auf 2 Stunden estamotirt worden; ich war zwischen zwei Scenen gefangen, vollständig estamotirt.

Regierungscommissar: Das ist kein Wunder; Sie wollten gern die Regierung estamotiren. (Gelächter). Sie sprechen von *pièce à tiroir*, aber Sie haben mit politischer Sünden Bekanntschaft genug, um uns das Räuberwerk des fraglichen zu erklären.

Blanqui macht eine verneinende Kopfbeugung.

Zeugenerhör.

Herr Arnant (aus Brügg) erzählt die Begebenheiten des 31. October bis zu dem Augenblicke, wo er Blanqui sah: es war 2 Uhr Morgens. Die Hauptfotze Blanqui's war, zu wissen, ob er verhaftet würde. Als er sich an Dorian mit den Worten wandte: „Sie für Ihren Theil versprochen mir zwar, daß ich nicht verhaftet würde; aber wer sagt mir, daß es Andere nicht thun?“ versicherte ihm Herr Dorian: „Leberzeugen Sie sich selbst! Die Treppen sind frei, Sie werden nicht belästigt werden!“

General Famille: Ich begriff es noch besser, als ich die Menge rufen hörte, daß man uns nicht loslassen dürfe, weil man sonst jede Garantie aus Händen gäbe. Florens und Blanqui, welche geneigt schienen, uns die Freiheit zurückzugeben, wurden von den Nationalgardien, die ihnen den Vorwurf der Schwäche machten, aufgeschloß. Wir blieben also von 7 Uhr Abends bis 3 Uhr Morgens gefangen. Florens machte Anstrengungen, um seinen Soldaten die Peute zu entreißen; sie hörten kaum auf ihn. Gleichwohl sah ich, daß sie ihres Sieges nicht mehr sicher waren. Als ich endlich Schritte in einem Nebenlokal hörte und vor Allem Unterzügen, welches das Signal zu schrecklicher Reuelei werden könnte, besürchtete, hielt ich den Augenblick zum Handeln für gekommen. Ich drängte mich vor und schloß mich zwischen Florens und Blanqui, in der Hoffnung, hierdurch den ankommenden Soldaten zu zeigen, daß zwischen uns Uebereinstimmung herrsche. Alle Drei gingen wir in einen Nebenlokal. Als wir dann an den Nationalgardien-Kompagnien vorbeigingen, sah ich, daß es Ordnungssoldaten waren. Nahe am Perron trennte sich Florens von uns. Ich setzte meinen Weg mit Blanqui allein fort. Ich habe nicht vermuht, daß gegen Blanqui eine Verfolgung eingeleitet werden würde und habe auch für meinen Theil ein dahingehendes Versprechen abgegeben. Alles, was ich noch sagen kann, ist: Als man von den Regierungsmitgliedern den Rücktritt vom Amte verlangte, haben sie dies energisch ausgeschlagen; und als man ihnen das Versprechen, keine Verfolgungen einleiten zu lassen, abverlangte, schweigten sie. Man könnte das wohl für ein stillschweigendes Jugeständniß nehmen. —

Soweit die beiden Prozeßverhandlungen vom 15. Februar und 29. April. Es geht aus denselben unabweislich hervor, 1) daß einige Regierungsmitglieder stillschweigend in die verlangte Amnestie für den 31. October eingewilligt, einige sogar sie noch den Gemeindevätern ausdrücklich proklamirt haben; 2) daß Blanqui's Thätigkeit am 31. October keine „austräferische“, sondern im Wesentlichen eine friedfertige gewesen ist. Trotzdem wurde der große Märtyrer der Sozialdemokratie, der mehr als die Hälfte seines Lebens in den verschiedensten Ketten zugebracht hat, in beiden Verhandlungen zu lebenslänglicher Deportation nach einem befestigten Platz verurtheilt. Seine Schlafvertheidigung (nach der Rede seines Vertheidigers und Freundes Lechevalier) war kurz und bündig. Er erwartete mit Bestimmtheit seine Verurtheilung und erklärte dies dem „Gerichtshofe“ in folgenden, schlagenden Worten: „Ich habe den Worten meines Anwalts nichts hinzuzufügen; aber ich will nur bemerken, daß ich in Wahrheit nicht wegen des 31. October vor Ihnen stehe; das wäre der geringste meiner revolutionären Akte. Rein, ich vertrete hier die Republik, welche von der Monarchie vor die Schranken Ihres Gerichtshofes geschleppt wird. Der Herr Regierungscommissar hat mit seinem Anklageakt nicht Mos den 31. October, sondern auch die Revolutionen von 1789, 1830, 1848 und vom 4. September 1870 verurtheilt; im Namen der monarchischen Ideen, im Namen des alten Rechts gegen das neue bin ich angeklagt, und unter der Republik werde ich für die Republik verurtheilt werden.“

Ronsdorf, 20. Mai. Der Arbeitertag vom 12. d. Mis. hat nachstehende Resolution mit großer Majorität angenommen.

Der heutige zu Ronsdorf tagende Rheinisch-Belgische Arbeitertag, vertreten von vielen Ortschaften (darunter die hervorragendsten rheinisch-westfälischen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei) macht es den Delegirten der diesjährigen General-Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und den Delegirten des diesjährigen Congresses der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei zur Pflicht, dahin zu wirken, daß die Bekämpfung beider Fractionen namentlich in den öffentlichen Organen ein für alle mal aufhöre, und erklärt, daß, wenn auch nicht eng vereinigt, so doch beide Fractionen friedlich zusammen zu gehen haben; nur dadurch sei es möglich, für die sozial-demokratische Idee Boden zu gewinnen.

Der Arbeitertag erwartet von den Redactionen des „Neuen Sozialdemokrat“ sowie des „Volkstaat“, daß sie diese Resolution nicht nur in ihren Blättern ungeschmälert zum Abdruck bringen, sondern auch in Zukunft befrachten werden.“

Offenbach, den 14. Mai. Am Sonntag den 12. Mai hielt der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein in Rülheim am Main eine Volksversammlung ab. Tagesordnung war: Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein und seine Gegner. Herr Ohlig aus Heusenstamm referirte darüber und führte zunächst als Gegner die sozialdemokratische Arbeiterpartei an; diese hätte sich der „sächsischen Volkspartei“ in die Arme geworfen und ginge mit der Kapitalmacht sowie mit der Regierung Hand in Hand; das Organ, der „Volkstaat“ hätte noch nie im Interesse der Arbeiter, sondern nur der Fabrikanten geschrieben. Er rief den Arbeiter, nicht in die sozial-demokratische Arbeiterpartei einzutreten und auch nicht den „Volkstaat“ zu lesen. — Unterzeichner widerlegte nun den Redner und hob hervor, daß nur durch ein einziges und internationales Zusammenhalten der Arbeiter gegen die Kapitalmacht und die Reaction Etwas erreicht werden könne. Herr Häuser aus Offenbach verbreitete sich über einzelne Persönlichkeiten der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und suchte dieselben zu verächtlichen. Unterzeichner erwiderte hierauf, wenn er auf Persönlichkeiten eingehen wolle, könnte er ihm ebenfalls vom Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein solche nennen, welche allgemeine Unzufriedenheit erregen. — Nachheriger Antrag, den Unterzeichner stellte, wurde einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß durch die Bekämpfung der beiden Parteien der Arbeitertage im Allgemeinen nur geschadet wird, steht sich die heutige Versammlung veranlaßt, gegen Fortsetzung der Streitigkeiten zu protestiren, und verlangt, daß beide Parteien ruhig nebeneinander agiren, indem wir nur durch einiges Zusammenhalten einen Felsen bilden gegen die Reaction und Kapitalmacht.“ Es wurde weiter noch der Beschluß angenommen, daß diese Resolution sowohl im „Volkstaat“, wie im „Neuen Sozialdemokrat“ bekannt gemacht werden soll.

Wainz. Unlängst wurde vor den hiesigen Gerichten eine Sache verhandelt, die auch für weitere Kreise von Interesse sein dürfte. Nämlich es wurde festgestellt, wieviel die „Ehre“ eines Nationalliberalen werth ist. Herr Dr. Jung, ehemaliger Demokrat, jetzt Nationalliberaler vom reinsten Wasser, hatte gegen den „Mainzer Anzeiger“ — der ihn als Renegat bezeichnet hatte — wegen „Ehrenverletzung“ eine Klage eingeleitet und 2000 Thaler Entschädigung verlangt. In erster Instanz, vor dem Bezirksgericht, wurde Kläger unter Verurtheilung in die Kosten abgewiesen. Das Obergericht, die zweite Instanz, trat dieser Ansicht nicht bei, sondern fand, daß die Klage begründet sei, fand aber auch ferner, daß 2000 Thlr. eine viel zu hohe Summe für die Ehre des Dr. Jung sei, und verurtheilte nach 2/3-stündiger Debatte — über den Werth der Ehre des Klägers — den Redakten des „Mainzer Anzeigers“, 30 Thaler als „Ehrenentwädigung“ an Dr. Jung zu zahlen.

Wenn 30 Thaler auch noch lang keine 2000 Thlr. sind, so es ist doch noch fraglich, ob nicht das Obergericht die Ehre des Dr. Jung viel zu hoch taxirt hat. Stollberg, den 10. Am 9. Mai fand hier eine Volksversammlung statt, die von circa 400 Personen besucht und zu der, Otto-Walzer (Dresden) als Referent über das Thema: der Leipziger Hochverrathsprozess, erschienen war. Walzer beleuchtete in seinem Referat die geschichtliche Entwicklung der heutigen Kulturstaaten, wies schlagend nach, wie jede neue Idee von der jederzeit herrschenden Gewalt durch Gewalt unterdrückt wurde, und wie alle Die, welche ihren Mitmenschen als Vorkämpfer vorangingen, entweder eines unnatürlichen Todes starben, oder sonst sich leiblich oder geistige Fesseln anlegen lassen mußten, und zwar immer „Bon Rechts Wegen.“ Nachdem Walzer über die heutigen sozialen (richtiger) Mißstände sich ausgesprochen, das Wort „sozial“ erklärt, legte derselbe die Prinzipien der Sozial-Demokratie klar, wobei er besonders eines Marx, Lassalle u. A. m. gedachte, das Streben der Arbeiter auf internationalen Basis als hauptsächlich bestehend, sowie auch als unumgänglich notwendig darlegte. Hierauf äußerte sich der Referent speziell über die Arbeiterverhältnisse in Deutschland, kam auf den Krieg von 66 und den „heiligen“ Krieg von 70 zu sprechen und konnte nicht umhin, die „Rückständigkeit“ dieser beiden Kriege ins rechte Licht zu stellen. Ganz besonders wurde hier des sehr ehrenwerthen Generals Vogel v. Falkenstein gedacht. Die Ehre der Nation kann ja auch nicht aus der Geschichte verbannt werden, und der Braunschwelger, der Wiener, der Ungarische, der Leipziger Hochverrathsprozess bildeten das Resümé in der Schilderung der gegenwärtigen Reichsherrlichkeit. Noch besonders erklärte Referent die Geschworenengerichte, wie sie sein sollten, und wie zu Leipzig vor 2 Monaten ein gewesener ist, bestimmte das Wort „Hochverrath“, gedachte der Pflichten hoher Staatsbeamter und ihrer Abhängigkeit von „Winken“ und geistelte nun ganz besonders das Gebahren des Gerichtspräsidenten v. Wäde. Hr. Walzer wurde öfter durch Bravo's unterbrochen und wurde am Schluß der Versammlung die Adresse „An die Staatsanwälte Deutschlands“ einstimmig angenommen.

Zur Parteitagung am hiesigen Ort. Der Besuch der Volksversammlungen, umal wenn tüchtige Redner als Referenten aufstreten, giebt Zeugniß, daß bei uns der Boden für die Sozialdemokratie ein günstiger ist, obgleich in Meerane die Parteikräfte, namentlich in Bezug auf das öffentliche Auftreten, viel zu wünschen übrig lassen, und wie so zu sagen nur auf auswärtig angewiesene sind, wenn wir eine größere Versammlung abhalten wollen. Erfreulich ist, daß jetzt die Versammlungen stets von einer großen Anzahl Frauen und Mädchen besucht sind, die mit großem Eifer an der sozialistischen Agitation theilnehmen. So wurde am letzten April von der Manufaktur-Gewerkschaft eine Arbeiterversammlung, zu welcher auch die Arbeiterinnen geladen waren, in's Tiroler einderufen, zu welcher Zeit. Wisse imig das Referat übernommen hatte, um darzuthun welchen Standpunkt die Arbeiterinnen der Sozialdemokratie gegenüber einzunehmen haben.

Auch fand in derselben Woche eine Bürgerversammlung statt, in der 7 bis 800 Theilnehmer waren. Nun sollte man nach den Resultaten, welche in Versammlungen erzielt worden sind, meinen, es müßte hier der „Volkstaat“ in 1000 Gr. gelesen werden; dies darf man aber bei uns nicht annehmen und zwar aus folgenden Gründen: 1) die Parteigenossen sind gut untereinander organisiert und die hauptsächlichsten Artikel des „Volkstaat“ werden stets in den Vereinen und Restaurationen vorgelesen; es kommt hinzu, daß das Parteiblatt, der „Grimmhauer“, „Bürger- und Bauernfreund“, in ca. 500 Gr. hier gelesen wird, ein Blatt, welches die Parteigenossen gleichfalls unterziehen müssen; 2) tragen die schlechten Zeitverhältnisse, welche seit fast einem Jahre in Meerane wie in keinem andern Orte obwalten, viel dazu bei, daß wir nicht 2 Blätter gleichzeitig halten können, in denen beinahe Ein und dasselbe enthalten ist.

Nur ist es nöthig, daß wir den „Bürger und Bauernfreund“ nicht fallen lassen dürfen, indem wir diesen mit als Lokalblatt benutzen müssen, um mit der Zeit die beiden national-liberalen Lokalblätter zu verdrängen. Daß der „Volkstaat“ bei uns jetzt bis auf 100 Gr. gefallen ist, erklärt sich leicht daraus, daß die seitiger Colportage viel zu wünschen übrig lieg; jedoch ist vom Volkverein ein Beschluß gefaßt worden; den Uebelständen zu steuern, und wir sind der festen Ueberzeugung, daß wir künftig in gehöriger Weise im „Abonnementstand“ des „Volkstaat“ vertreten sein werden.

Reichenbach. Ich habe Ihnen einen Fall von Arbeiter-Mißregelung mitzutheilen. In der Fabrik des Hrn. Illing wurde nämlich den ganzen Winter die Arbeit früh um 6 Uhr angefangen; vor einiger Zeit verlangte Hr. Illing, die Arbeiter müßten früh 5 Uhr anfangen, sie haben dem aber nicht eberfolge, als bis der Fabrikant Bezahlung dieser Stunde bewilligte, worauf die Arbeit früh 5 Uhr ihren Anfang nahm. Als jedoch am Sonnabend der Lohn ausgezahlt wurde, war keine Rede vom Bezahlen der Ueberstunde. Als nun eine Arbeiterin es wagte, dem strengen Herrn zu sagen, daß die Stunde bezahlt werden müsse, da hieß es: „Nun, Kay, dich können wir nicht gebrauchen“, und sie wurde entlassen, weil sie den Herrn aufmerksam auf sein Versprechen gemacht hatte. Es wäre an der Zeit, gewissen Herren Fabrikanten den Standpunkt einmal recht klar zu zeigen, und zu beweisen, daß es die Arbeiter sind, welche ihnen den Sack füllen. Arbeiter, wachet auf, ermannet Euch, und schüttelt das Stavenjoch ab!

D. Schneider. Reichenfeld bei Leipzig. Versloffenen Montag wurde dahier im Saale der Restauration vom Vergilischen eine zahlreiche beachtete Volksversammlung abgehalten. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Die Ermäßigung der Salzsteuer und die indirekten Steuern überhaupt referirte Herr Herrler, über den zweiten Punkt, die Wohnungsfrage, referirte Herr Finl. Die Versammlung folgte mit sichtlichem Interesse den Ausführungen der Redner und nahm einstimmig mit Enthusiasmus folgende Resolution an:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit dem Vorgehen des Abgeord. Bebel im Reichstage in Bezug auf die indirekten Steuern vollständig einverstanden und fordert gleich ihm die gänzliche Abschaffung aller indirekten Steuern. Die Versammlung verlangt ferner von der Regierung resp. den Gemeinden eine radikale Abhilfe der jetzt herrschenden Wohnungsnoth.“

Leipzig. Die Kreisdirection hat das vom Gerichtsam I erlassene Verbot der Versammlung vom 24. Februar zu Anger bekräftigt, „da in den alten und vorliegenden Thatfachen, insbesondere in dem Umstande, daß der Betankalter der beabsichtigten Versammlung, der Uthler Oswald Seiser in Anger, damals Mitglied des in Leipzig unter dem Namen: sozial-demokratische Arbeiterpartei“ beinandenen, unmittelbar verbotenen Vereins war und nach Art. 7b. der Acten bereits in einer am 19. Februar in Reusfelderhau abgehaltenen Volksversammlung zu der nach § 24. des Vereinsgesetzes überhaupt unstatthafte Gründung eines als Zweigverein des unmittelbar verbotenen Vereins: „sozial-demokratische Arbeiterpartei“ zu betrachtenden sozial-demokratischen Vereins aufgefordert hat, ausreichender Grund zu der Annahme vorlag, daß Seiser von der in Leipzig bestehenden Vereinigung delegirt sei, um einen Zweigverein derselben zu gründen und daß für Ausführung dieses Unternehmens insbesondere die für den 24. Februar beabsichtigte Versammlung bestimmt war.“ Natürlich werden wir, den eigenthümlichen Voraussetzungen und der noch eigenthümlicheren Logik dieses Aktenstücks gegenüber, den Instanzenweg ans Ministerium betreten.

Leipzig. Harmonie zwischen Arbeit und Kapital. In der Fabrik von G. J. Bergmann und Comp. — die größte Fabrik hier und die einzige, die die 10stündige Arbeitszeit nicht bewilligt hat — ereignete sich folgende Thatfache: Der Former Ködel sammelte für die von den Fabrikanten Hamburgs ausgehobenen Former Unterstüßungsgelder, was auch in mehreren Fabriken hier geschah. Zufälligerweise, oder auch vielleicht, weil ein Arbeiter es ihm hinterbracht hatte, kam der Compagnon, Herr Reuter, bereinigt; und fragte: Was geht hier vor? Ihr wollt für die Hamburger Former sammeln? Ködel, der die Einzahlung übernommen, wurde sofort entlassen. Zwei seiner Gefinnungsgenossen gingen gleich mit ihm. In derselben Fabrik ist die Behandlung so liebenswürdig, daß Ausbrüche wie: Ihr verdammten Kerle, Ihr Hunde, ich haue euch hinaus! nicht selten vorkommen. Als in der genannten Fabrik um die 10stündige Arbeitszeit gebeten wurde, da sie ja schon in anderen Fabriken genehmigt sei, bemerkte Herr Bergmann: Nach den Schüssen richte ich mich nicht! — Ein netter Fabrikant und Harmonielehrer!

N. d. B.

Zum Gewerkschaftskongress.

Gewerkschaften! Der Gewerkschaftskongress findet am 15., 16. und 17. Juni in Erfurt statt. Das Lokal-Comitee wird für Unterbringung der Delegirten in Freiquartiere so viel wie möglich Sorge tragen. Es ist darum nothwendig, daß die gewählten Delegirten sich rechtzeitig melden, und sind darauf bezügliche Briefe zu richten an Herrn G. Frey, Tischler, Neuestr. 6.

E. J. J. J.

Erfurt. Den 15., 16. u. 17. Juni wird der allgem. Gewerkschaftskongress in Verbindung mit den Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften in Erfurt in den Lokaltäten des Rathskellers abgehalten.

Die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Organisation ist von allen Seiten anerkannt, und soll deshalb in diesen Tagen die Gründung einer Arbeiter-Union in die Hand genommen werden, um einem lange gefühlten Bedürfnisse abzuhelfen.

Wir ersuchen nun sämtliche Gewerkschaften, Fachvereine und sonstige Korporationen, Delegirte zum Kongress nach Erfurt zu schicken, um gemeinsam eine Organisation zu schaffen, die zur Ehre und zum Wohle des gesammten Arbeiterlandes gereichen wird.

Diesjährigen, welche seinen eigenen Delegirten schicken können, wollen sich mit anderen Orten in Verbindung setzen, um gemeinsam einen Delegirten zu schicken, oder ihre Vollmachten in beglaubigter Form hier einzuschicken.

Für Freiquartiere wird gesorgt.

Wir ersuchen sämtliche Delegirten, sich gleich nach ihrer Wahl bei dem Unterzeichneten anzumelden, an welchen auch alle sonstigen Zuschriften und Anfragen zu richten sind.

Die Mitglieder der internationalen Holzarbeiter-Gesellschaft, J. A.: G. Frey, Tischler, Neuestr. 6, Erfurt.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Altona, den 19. Mai. Heute konstituirte sich unter dem Namen Affiliation der Altonaer Tischler aus den Reihen der streikenden Gesellen eine Genossenschaft zum selbstständigen Gewerbebetrieb, die bereits 25 Mitglieder zählt, und mit einem Kapital von 1000 Thlr. am 21. d. M. zu arbeiten beginnen wird; dieser eine Erfolg, verbunden mit der factisch schon jetzt erzielten 9/10ständigen Arbeitszeit, wiegt alle Opfer, die uns der Strife gekostet hat, und noch soviel mehr, reichlich auf. Gewerkschaften, denen Dank für die bis dato geleistete Hilfe, und wenn ihr nur den Zugang abhalten, so wird der Strife, der noch nicht ganz beendet ist, ein glänzendes Ende sein. Arbeitsnachweis, Tischler-Parade No. 35.

E. J. J. J.

An die Herren Bevollmächtigten. Wir bitten dringend um Einfindung der Abrechnungs-Formulare pro I. Quartal, mit denen einzelne leider noch immer im Rückstande sind.

Der Ausschuss.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Nürnberg, den 20. Mai. Seitdem der Vorort der Schuhmachergewerkschaft in unsern Mauern sich befindet, waren wir bestrebt, vorerst und so weit es sich thun ließ, die Umgebung zu bearbeiten und nach allen Seiten Briefe auszusenden, mit der Aufforderung zum Beitritt in die Gewerkschaft. Schon vielfach wurde unserm Wunsch entsprochen, aber das beste Gehör fanden wir bisher in Würzburg.

Wir wurden von dort in Kenntniß gesetzt, daß am 14. d. eine Schuhmacher-Versammlung anberaumt sei, daß aber Rednerkräfte fehlen, und die Verwaltung darum ersucht sei, für solche zu sorgen, was allerdings auch geschah. Wir fanden eine überaus zahlreiche Versammlung, in welcher die Arbeiterangelegenheit debattirt wurde und an der sich auch Meister beteiligten und die Gründung eines Fachvereins vorschlugen. Die Arbeiter von Würzburg waren aber anderer Ansicht und erklärten, daß dieses nur eins der alltäglichen Wandler sei, um die Arbeiter von ihrem Ziel fern zu halten. Sie beschloffen daher, sich mit ihren Brüdern von nah und fern zu vereinigen und der internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher beizutreten, was auch sofort geschah. Der gewählte Bevollmächtigte forderte die Versammelten auf, nicht allein heute, sondern auch für die Zukunft einig zu sein und treu zur Fahne zu halten. Die gewonnene Würzburg zählt schon nahe an zweihundert Mitglieder.

Wir fühlen uns verpflichtet, Würzburgs Arbeitern unsern Dank auszusprechen, aber auch zu gleicher Zeit alle anderen Städte aufzufordern, sich ein Beispiel an den Würzburgern zu nehmen, denn nur durch einen solchen raschen Masseneintritt ist es uns möglich, etwas leisten zu können.

Kollegen! In drei Wochen ist der Gewerkschaftskongress auf dem kein Arbeiter unvertreten sein sollte. Darum rafft Euch auf und nach Erfurt! Halbt allerorts Versammlungen, gründet Gewerkschaften und schick Eure Vertreter. Für diejenigen, welche nicht Mittel besitzen, selbständig Delegirte zu senden, übernimmt es der Vorort, an welchen befristete Mandate eingeschickt werden müssen.

Die Vorortverwaltung.

Nürnberg u. Würzburg, 19. Mai. Nach Beschluß des Verwaltungsrathes mit Uebereinstimmung der meisten Mitgliedschaften findet, wenn keine lokalen Hindernisse im Wege stehen, die Generalversammlung 3 Wochen nach Pfingsten in Erfurt statt. Wir fordern Weimar, Kassel, Jena, Weiden, Regensburg, Köln, Stuttgart sowie alle übrigen Städte Deutschlands, die an dem Kongress sich beteiligen wollen, oder vertreten zu sein wünschen, auf, sofort oder in nächster Zeit sich mit uns ins Vernehmen zu setzen. Besonders fordern wir aber Gewerkschaften von Deutschland aus, der angeführten gerechten Sache nicht fern zu bleiben. Kollegen allerorts! An uns liegt es, unsere gedrückte Lage zu bessern, legt Hand an's Werk! Bedenkt, daß wir durch Einheit stark werden. Bedenkt, daß es durch Einigkeit ein leichtes ist, Kranken- und Invaliden-Kassen zu gründen, die ausreichten, daß das Alter vor Noth zu sichern. Noch vieles Andere ist zu erreichen, aber nur durch Einigkeit! Es zeigt sich reges Leben allerorts. Würzburg hat sich gegründet mit beinahe 200 Mitgliedern, Passau und Neumarkt hat sich gegründet und Gelle in Hannover. Von verschiedenen Städten laufen uns Anträge ein. Hamburg ist im Begriffe sich zu gründen. Nachmals Kollegen, regt Euch, und es wird besser werden. Briefe sind an die Adresse des Unterzeichneten zu senden.

Im Auftrage

J. Garenben, Vorsitzender

Zur Nachachtung der Vergarbeiter im Zwickauer Inspektionsbezirke.

Am 11. Mai d. J., Abends 7 Uhr, fand in dem Stein'schen Gasthof zu Dornheim ein allgemeines Vergarbeiter-Versammlung statt, die nach Verhältnissen gut besetzt war.

Die Tagesordnung war:

- 1) Besprechung und Beleuchtung der Lage der Vergarbeiter, den Steinlohlenwerksbesitzern resp. den Betriebsverwaltungen gegenüber.
- 2) Die Organisation der Vergarbeiter, behufs Vereinigung zum Zwecke gemeinschaftlicher Schritte zur Verbesserung der Lage derselben und Anfechtung der Vereinigung aller im Zwickauer Inspektionsbezirke befindlichen Knappschaftsverbände und Knappschaftskassen.

Die Versammlung wurde durch Herrn Engelhardt in Zwickau eröffnet und Herr Kirchs aus Niederplanitz zum Vorsitzenden gewählt.

Nachdem verschiedene Redner sich über die Tagesordnung verbreitet hatten, wurde für den Zwickauer Inspektionsbezirk einstimmig beschlossen, einen Vergarbeiterverein zu gründen, und das zu Zeit bestehende provisorische Komitee mit der Ausarbeitung der nöthigen Statuten beauftragt.

Da in der fraglichen Versammlung Herr Dinter von Vollze wegen zu sprechen untersagt war, wurde nach Schluß der Versammlung von dem Vorsitzenden des provisorischen Komitees eine Sitzung auf Sonntag dem 12. Mai früh 8 Uhr anberaumt. In dieser Sitzung trug Herr Dinter darauf an, es möchte eine ganz unparteiische Kommission ernannt werden, der er über die von ihm verworfenen Gelder der ehemaligen internationalen Genossenschaft der Berg-Hütten- und Salinenarbeiter Rechnung legen könne und die über sein damaliges Verfahren ein endgültiges Urtheil aus-

sprechen sollte. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen, und Herr Liebnecht und Herr Nebel in Leipzig, Herr Abbotat Schrapf und Herr Roteller in Grimnitzhau u. s. w., zu dieser Kommission ernannt. Die vielfachen Verdächtigungen gegen Herrn Dinter dürften sonach in kürzester Zeit ihre Erledigung finden.

Das provisorische Komitee.

(Wir wollen nur hoffen, daß diesem kleinen Lebenszeichen bald kräftiges Regen und Bewegung folgen wird! Kein Zweifel der Arbeiterklasse ist in einer elenderen, unwürdigeren Lage als die Vergarbeiter, keiner bedarf es mehr einer Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen, d. h. höchst menschlichem Sinne.)

München, 21. Mai. Der Spangler-Strike in München ist als beendet zu betrachten, indem die Mehrzahl der Arbeiter zu feige war, den Kampf um eine bessere Existenz energisch aufzunehmen. Ueberhaupt schlugen unsere Herrn Meister jede Besprechung mit uns ab, einige Meister haben 10, 15 auch 20, ein Meister sogar 25 Prozent aufgeschminkt, sehr viele haben freilich gar nichts aufgeschminkt, aber im Ganzen ist doch etwas bezwungen worden.

Unter Anderem verkürzten wir auch schon im vergangenen Herbst die Arbeitszeit um 1 Stunde.

Allen reisenden Kollegen machen wir bekannt, daß wir vor längerer Zeit einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis geschaffen haben, und wird alle Abend von 7—8 Uhr Arbeit vermittelt im Vereinslokal beim Schwabischen Donizil in der Burggasse, auch kann man daselbst gut über Nacht bleiben.

G. Petermann, Vorstand.

Mainz, den 22. Mai. Schuhmacherrisiko. Arbeiter! Geschäftsgegnen! Ihr habt in Nr. 40 des „Volkstaat“ gesehen, daß hier, in Mainz, ein großer Schuhmacher-Strike bevorstand. Er ist zur Thatfache geworden. Wir stellten schon voriges Jahr im November, da wir durch die jetzigen Zeitverhältnisse gezwungen waren, an unsere Fabrikanten das Ersuchen, man möge unsere Löhne um 20% erhöhen. Einige kleinere Fabrikanten kamen unserer Forderung nach; aber die beiden Großfabrikanten, Herz und Wolf, wiesen uns entschieden ab. Daraus hin organisirten wir uns, und bildeten eine Schuhmacher-Union, um unsere Forderung zu gelegener Zeit zu erneuern.

Am 5. Mai wiederholten wir nun unsere Forderung, vermittelt einer Deputation, die ein Schriftstück zu überreichen hatte. Die beiden Fabrikanten verlangten acht Tage Bedenkzeit und wir gaben dem nach. Aber was war das Resultat? Nichts. Jetzt aber 21. d. M. brach die Schuld der Arbeiter. Wir kamen einer letzten Forderung nach, hielten eine Versammlung ab, welche auch sehr stark besucht wurde, und schickten aus dieser Versammlung nochmals einige Arbeiter zu den genannten Herrn, und verlangten sofortige Rückantwort. Die Arbeiter kamen zurück mit der Erklärung: es wird Nichts bewilligt! Auf dieses hin stellten wir, 400 an der Zahl, die Arbeit ein.

Kollegen! Ihr seht aus Vorstehendem, daß wir nicht unüberlegt und nicht maßlos vorgegangen sind, Ihr seht, daß wir 6 Monate gearbeitet haben, um eine Verbesserung unserer Lage zu bewerkstelligen. Aber Ihr kennt ja die Hartnäckigkeit des Kapitals. Wir sehen sehr wie ein Mann, und werden nicht weichen. Aber Arbeiter, an Euch ist es, für uns zu thun was möglich ist; haltet jeden Zugang fern, und thut sonst ebenfalls Eure Schulpflicht. Wir haben sehr viele Familienkassen unter uns, und Ihr wißt, daß diese mit ihrer Familie nicht hungern können.

Das Strike-Comitee besteht aus:

Fuchs, I. Vorsitzender, Hofmann, II. Dielenz, Kassierer. Lehmann, Küb, Schriftführer. Hesse, Helmund, Rismann, Götz, Heib, Ohl, Vogler, Stog, Hilger, Schimpf, Langebach, Reiß, Marten, Dohauer, Drechsler, Weber, Hoffmann, Schuhmacher.

Unser Lokal befindet sich bei H. Garrey, Mittenacht.

Alle Briefe sind zu adressiren an J. Dielenz bei Garrey Mittenacht, Mainz.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Mit sozialdemokratischem Gruß G. Fuchs. **Reutlingen.** Die Tuchmacher der Tuchfabrik von Gehäber Lamparter in Reutlingen, welche theilweise Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und sämtlich Mitglieder der internationalen Gewerkschaft der Manufaktur-Fabrik- und Handarbeiter sind, verpflichten sich, um das gemeinsame Wohl der Arbeiter zu wahren, den 10ständigen Arbeitstag sowie den Lohnstarif wie die Pfälzinger Tuchmacher durchzusetzen; falls sie aber auf Widerstand stoßen, die Arbeit unbedingt einzustellen. Es werden deshalb die Fachgenossen ersucht, den Zugang nach hiesigem Platze zu verhindern.

Briefe u. s. w. sind zu adressiren: Karl Menz, Schloßgasse, Pfullingen bei Keutlingen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, Obiges in die Spalten ihrer Blätter aufzunehmen.

Mit sozialdemokratischem Gruß zeichnet Karl Menz.

Berlin, 12. Mai. Die streikenden, oder richtiger die durch die Fabrikantencoalition ausgeschlossenen Cigarrenarbeiter erlassen folgenden Aufruf an alle Arbeiter Deutschlands: Wir wenden uns an E. u. J. Ihr Brüder der Arbeit, mit der festen Ueberzeugung, daß bei allen Arbeitern die große Interessenfrage sich aufgeworfen hat, und Jeder zu der Einsicht gelangt ist, daß die heutige Produktionsweise nur die Ausbeutung der arbeitenden Klassen in sich führt und deshalb sämtliche Arbeiter der Nation verpflichtet sind, sich zu vereinigen, um solidarnisch für ihre Rechte einzutreten zu können. Zu dieser Ueberzeugung sind auch die Cigarrenarbeiter von Berlin gekommen, und haben sich eine Strike-Kasse gegründet, um bei einer günstigen Geschäftsperiode dahin zu wirken, ihre Lage zu verbessern. Jetzt aber hat sich ein Fabrikantenbund gebildet, welcher sich auf die schroffste Weise den Arbeitern gegenüberstellt und die gerechten Forderungen der Cigarrenarbeiter mit einem Arbeitsauschluß beantwortet hat! Darum, Brüder der Arbeit, in deren Herzen edle Begeisterung für die höchsten Güter des Lebens, für Recht und Wahrheit glüht, tretet auch den Cigarrenarbeitern Berlins zur Seite, welche durch die Noth und das Elend in den Kampf getrieben sind, um ihrer Existenz halber. Es wird Jeder klar sein, daß, trotz der „großen Siege“ — (und vielleicht nur dadurch) —, welche zu Gunsten Deutschlands ausgefallen sind, eine fortwährende Ueberzeugung aller Lebensbedürfnisse, — und besonders in der Haupt- und Residenzstadt — eingetreten ist. Um Euch davon ein klares Bild zu geben und unsere Forderungen von 5 auf 6 Thaler zu rechtfertigen, leset nachstehende Tabelle mit der vollen Gedankenscharfe durch; alsdann wird sich Jeder klar sein und unsere Forderungen mit der wärmsten Sympathie anerkennen als gerechtfertigte, wenn z. B. eine Familie, bestehend aus 5 Personen, für eine Stunde und Lüge 80 Thlr. Miethe zahlen muß, demnach eine Miethsteuer von 6 Thlr., und eine Einkommensteuer von 4 Thlr. jährlich zahlt; außerdem zum häuslichen Bedarf: 15 Thlr. für Feuerung, 5 Thlr. für Licht und 5 Thlr. 6 Sgr. für Krankenkasse ausgeben muß. Da nun die Statistik in unserer Corporation einen Durchschnittslohn von 5 Thlr. ergeben hat, so kommt eine Gesamtsumme von 25 Thlr. jährliches Einkommen heraus, demnach nach Abzug der obigen Ausgaben täglich auf jedes Familienglied die Summe von 1 1/2 Sgr. — davon Wäsche, Kleidung und Lebensmittel bestritten werden müssen! Kein Arbeiter wird hiernach an der gerechten Sache unseres Kampfes mehr zweifeln! Aber Pflicht eines Jeden ist es, und, so viel in seinen Kräften steht, in unserem Kampfe zu unterstützen, damit diese 1500 Personen, welche brodblos geworden sind, nicht durch Hunger dazu getrieben werden, sich als willenlose Geschöpfe dem Kapital preisgeben zu müssen. Denn auch Euch, unseren Brüdern, thun wir zu wissen, daß die Cigarrenarbeiter in dem letzten halben Jahre 7000 Thlr. nach außerhalb für streikende Arbeiter geschickt haben. Auch wir appelliren an das Rechts- und Würdigkeitsgefühl aller Arbeiter Deutschlands, und rufen Ihnen zu: „An ihren Früchten wird man sie erkennen.“

Mit sozialdemokratischem Gruß

Das Strike-Comitee.

Briefe u. s. w. sind zu senden an die Adresse: Theodor Goede, Berlin, Postamtstraße 26.

Großhain, d. 20. d. Am heutigen Tage haben die hiesigen Hand- und mechanischen Weber, Spinner, Appretur- und Färbereiarbeiter dem hiesigen Fabrikantenverein eine Lohnverhöhungsforderung von 25 Prozent überreicht, und bitten wir alle Fachge-

nossen dies zu beachten. Weitere Berichte folgen. Die hiesigen Schneider und Schuhmachergehilfen erreichten ohne Strike 10—16 Prozent Lohnzulage.

Soeben ist erschienen:

Zweite Lieferung von:

Der Leipziger Hochverrathsprozess.

Ausführlicher Bericht,

nebst den nichtgehaltenen Vertheidigungsreden und einer Schlusscharakteristik des ganzen Prozesses.

Von den Angeklagten bearbeitet.

Das Ganze bildet 7 bis 8 Lieferungen à 3 Bogen (48 Seiten). Ladenpreis jeder Lieferung: 4 Sgr.; für Parteigenossen, durch die Expedition direkt bezogen: 2 Gr. 5 Pf.

Die Expedition des „Volkstaat“.

Durch dieselbe sind alle sonstigen sozialdemokratischen Schriften zu beziehen.

Für Breslau.

Sozialdemokratische Arbeiter-Partei.

Montag, den 27. d. M. Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in Paul's Restauration, Reibgasse Nr. 4.

Tagesordnung:

- 1) „Die Lage der schlesischen Weber im Gailenberge.“ Vortrag von H. Dehme.
 - 2) Diskussion und Fragelasten.
- Um zahlreiche Theilnahme bittet H. Dehme.

Für Hamburg.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Versammlung

Sonnabend, den 25. Mai, Abends 9 Uhr, in Oberhahn's Clublokal, Beughausmarkt 31.

Tagesordnung:

- Die Verhandlungen des Lehrertages. Gäste haben Zutritt. August Geib.

Altona.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Geschlossene Mitglieder-Versammlung, Sonnabend, den 21. Mai, Abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

- 1) Diskussion über die Stellung gegenüber der projektirten Gewerkschafts-Union.
 - 2) Abänderung der Statuten der Gewerkschaft betreffend.
- Die Mitglieder werden freundlichst ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. J. K. Sauer, Bevollmächtigter.

Für Berlin.

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Jeden Montag, Abends 8 Uhr, Versammlung im Kaffee Weiland, Alexanderstraße Nr. 40.

Alle nach Berlin kommenden Parteigenossen werden ersucht, die Versammlungen zu besuchen.

Für Dresden.

Zur Notiz. Allen Schneidergehilfen, welche Dresden besuchen, zur Notiz, daß wir unsern Verlehr und Arbeitsnachweis zu Herrn Taggeßel, Gerbergasse Nr. 2, verlegt haben, und bitten wir, für weiteste Verbreitung dieser Notiz zu sorgen. Dresden, im Mai 1872.

Die Local-Commission hiesiger Schneidergehilfen

J. A.: G. Stühr, Vorsitzender.

Auf Vorstehendes Bezug nehmend, werde ich bemüht sein, durch gute Speisen und Getränke, sowie gute und billige Verherbergung die Wünsche meiner sehr geehrten Gäste zufrieden zu stellen.

Indem ich die zureisenden Herren bitte, bei mir einzufahren zu wollen, zeichne ich Hochachtungsvoll J. A. Taggeßel, Verkehrschrift.

Für Rochlitz.

Die Adresse des Vorstandes des sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins ist: H. Bachmann, Handarbeiter, Zwickauerstr. 349 Rochlitz; die Adresse des Vertrauensmannes der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei ist: Herm. Sauer, Dresdenerstr. in Rochlitz. In Vereinsangelegenheiten wende man sich an Ersteren, in Parteisachen an Letzteren.

Briefe an den Parteigenossen Lehmann sind zu adressiren Witz-Lehmann, Rochlitz, Mühlgraben Nr. 293, aber nicht Mühlgrasse, wie es bisher häufig vorgekommen ist.

Für Rochlitz.

In der nächsten Volksversammlung, Sonntag, den 26. d. M. zu Rochlitz referirt Hr. W. Fink von Leipzig.

Zur Notiz.

J. Gohlbinger in Regensburg: Die beiden zuerst empfangenen Briefe sind beantwortet, Duntung erfolgt gelegentlich der anzufertigenden Abrechnung — zugleich die Bitte an alle Parteigenossen, Geld überall durch Baarzahlung per Postanweisung einzusenden, zumal wir z. B. Bairische Guldensteine und Kreuzermarken nicht gut ausgeben können. Desgleichen bitten wir den Coupon der Postanweisungen zu Notizen über Bestimmung der eingegangenen Gelder zu benutzen. Hamburg. E. J. J. J.

Honnburg. Von jetzt an wohne ich Höfberggärten 662. Eduard Gläßer.

Für den „Volkstaat“.

Von Parteigenossen in Hainichen Schuldschein Nr. 273 gratis rück-erhalten.

Briefkasten

der Expedition: R. in Bonngard 16 Rgr. erh.; Senf in Gera; die II. Lief. erscheint nächster Tage. Für I. Lief. habe ich durch Nachnahme den Beitrag erhoben, für II. Lief. jedoch noch keine Zahlung erhalten; Kroeber in Köln f. Schrift. 7 Thlr. 22 Rgr. erh.; Gecarius, London 1 Thlr. f. Schrift; Wapold, Wittenstein: Ihre Rechnung ist in Richtigkeit. Müller in Leisnig für Annonce 5 Rgr. Endreß in Augsburg f. Abonn. 1. Qu. 24 Thlr. 23 Rgr. — Pf. erh.; Thüm in Chemnitz f. Annonce 6 Rgr. 5 Pf.; Sauerziegel, Gotha f. Schrift. 3 Thlr. 10 Pf. in Saarbrücken für Schriften 1 Thlr. G. Hartm. in Siegburg bei Siegburg: Die bestellten beiden französischen Brochüren sind nicht mehr zu erlangen; ich bitte daher, über den bereits hierfür gesandten Betrag Verfügung zu treffen.

Der Redaktion. K. in Breslau: Heppner ist vertrieben und kann ich deshalb nicht sagen, ob der Aufsatz angekommen ist. „Hamburger Parteigenosse“: Geben Sie doch Ihre Adresse. Ich habe einen Brief an Sie. E. Berlin: R. erhalten. Julian erscheint in nächsten Tagen; ist bereits gedruckt. L. in Mainz: Versprechen wird gehalten. Zeit nicht genau zu bestimmen, da Nothwendiges sich massenhaft andrängt. Aber bald. — Borant in Gen: Kommt in nächste Nummer.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsern Abonnenten und den Lesern des „Volkstaat“, die das Blatt noch ferner zur Veröffentlichung von Anzeigen — Annoucen — benutzen wollen, theilen wir hierdurch mit, daß vom 1. Juni an bei allen Arbeiterannoncen die Petitzelle mit 1 Sar., für jede andere Annouce die Petitzelle mit 2 Sar. berechnet wird.

Die Expedition wird allmonatlich und zwar in der ersten Nummer des Monats bekannt machen, welche Beträge für Annoucen des verflohenen Monats von dem Betreffenden, nach Sar. berechnet, zu zahlen sind.

Die Bezahlung dieser Beträge muß spätestens den 15. des laufenden Monats erfolgen.

Hamburg und Leipzig, den 21. Mai 1872.

Der Ausschuss.

Die Expedition.

Leipzig: Verantw. Redacteur R. Müth (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag v. F. Thiele.